

Beilage zu Nr. 14968 der Danziger Zeitung.

Danzig, 4. Dezember 1884.

Reichstag.

(Schluß.)

Abg. v. Graeve (Pole) vertheidigt die Polen gegen die Angriffe des Reichskanzlers und tritt für den Antrag ein. Welches sind die Gründe der Gegner des Antrages Windthorst? Einfach, daß der Reichskanzler nicht gewollt hat. Hätte er den Antrag eingebracht, sie hätten gewiß dafür gestimmt, auch den Moment für ungeheuer geeignet erklärt (Sehr gut! im Centrum). Noch immer entbehren wir unseren Erzbischof, noch immer seufzen wir unter den Maigesetzen; wir können ruhig zusehen: eine gerechte Sache siegt immer! (Beifall bei den Polen.)

Abg. Hellendorff: Ich würde nach meiner persönlichen Ueberzeugung für die Aufhebung des Gesetzes von 1874 stimmen und gestimmt haben, wenn ich im Frühjahr hier im Reichstage gewesen wäre, nach den heutigen Erklärungen des Reichskanzlers kann ich es nicht und ebenso wenig ein großer Theil meiner Fraction. (Hört! hört! im Centrum.) Und mit dieser Stellungnahme bringe ich kein Opfer meiner Ueberzeugung, sondern ein Opfer eines großen bestehenden Staats- und Reichsinteresses. (Beifall rechts, Unruhe im Centrum. Der Reichskanzler verläßt den Saal.)

Abg. v. Schorlemer-Mst: Abg. von Hellendorff hat uns erklärt, daß er und ein Theil seiner Freunde gegen den Antrag stimmen werde, die Lage sei eine andere geworden als früher. Ich behaupte, die Situation ist dieselbe geblieben, und es ist eine Inconsequenz, wenn Sie (rechts) heute anders stimmen. Wenn wir Ihr Votum auch bedauern, geschieht dies nur in Ihrem Interesse. Uns schadet dasselbe nicht, aber für Sie könnte es doch bedenklich werden, wenn Sie jetzt dem höhern Druck weichend gegen den Antrag stimmen. Hr. Blos hat bemerkt, daß es ihm und seinen Freunden sauer werde unserem Antrag zuzustimmen. Wenn es Ihnen sauer wird, so lassen Sie es sein. Ich habe gegen das Socialistengesetz gestimmt, aber aus ganz anderen Gründen, als um Ihnen zu gefallen. Der Reichskanzler hat die wiederholte Einbringung des Antrags eine Mißachtung des Bundesraths genannt. Ich behaupte, daß die Ablehnung unseres Antrags vielmehr eine Mißachtung des Reichstags bedeute, und da sollten wir doch etwas empfindlicher sein. Der Reichskanzler hat sich darauf berufen, daß das Gesetz unter v. Puttkamer und Gokler nicht mehr zur Anwendung gekommen ist. Wenn das Gesetz nicht mehr angewendet wird, weshalb hält man es aufrecht? Geschieht das trotzdem, so soll es eine Drohung und eine Waffe sein, und das macht keinen schönen Eindruck. Kein Staatswesen soll haltbar sein, das auf die Unterstützung Roms und des Centrums angewiesen sei. Ich bemerke, daß wir eine politische Partei und nicht beeinflusst von Rom sind. Aber der Reichskanzler hat gewünscht, daß wir von Rom aus beeinflusst würden, und er ist abschlägig beschieden worden. Wenn in dem Culturkampf eine Schwächung Deutschlands zu sehen ist, und der Reichskanzler meint, wir speculirten auf dieselbe, so beseitige er doch denselben. Wir lieben unser Vaterland eben so sehr wie er, und wir bedauern es, daß 18 Millionen in dieser Weise behandelt und unzufrieden mit ihrem Vaterland gemacht werden. Ich constatire zum Schluß, daß wir uns durch Schwächeleien nicht irren machen und durch Drohungen nicht schrecken lassen werden. (Beifall im Centrum.)

Abg. Stöcker spricht im Namen der Conservativen, die trotz der Rede des Reichskanzlers aus prinzipiellen Gründen wieder für den Antrag stimmen werden. Das Gesetz ist nach übereinstimmender Ansicht aller nicht gut, daher muß es im Interesse des Friedens beseitigt werden. Redner beklagt sich, daß das Centrum sich bei den letzten Wahlen den Conservativen so wenig entgegenkommend gezeigt habe.

Abg. v. Magdzinski (Pole): Der Vorwurf, daß die Polen Ost- und Westpreußen, Oberschlesien und Posen zu polonisiren trachteten, trifft nicht zu, sie haben nur mit Mühe ihre berechtigten polnischen Eigentümlichkeiten vertheidigt; und so lange wir fühlen, werden wir für unsere garantirten nationalen Rechte eintreten.

Abg. Richter: Unser kirchenpolitischer Standpunkt deckt sich nicht mit demjenigen der Centrumpartei. Gleichwohl werden wir, wie ich hoffe einstimmig, ebenso jetzt für den Antrag Windthorst stimmen, wie im Juni d. J. Weil das Gesetz keine praktische Anwendung mehr findet, liegt nun so mehr Grund vor, es aufzuheben, da es zur Zerde unserer Gesetzgebung nicht gereicht. Der Reichskanzler spricht von einem Ministerium Falk, Puttkamer, Gokler, wir haben immer nur ein Ministerium Bismarck gehabt mit verschiedenen Cultusministern. Derselbe haben, nur eine andere Nummer. Der Reichskanzler sagt, daß er an der Maigesetzgebung von 1873 nicht theilhaftig gewesen, sie habe sich in seiner Abwesenheit von Berlin und während seiner Krankheit vollzogen. Wie vergeblich ist doch mitunter der Reichskanzler. Ich habe hier vor mir die Rede des Reichskanzlers vom 10. März 1873, welche er im preuß. Herrenhause für die Verfassungsänderung hielt, welche die Maigesetzgebung einführt. Diese Rede enthält ein Bild von der Höhe des damaligen Kampfes. Als die Conservativen dann den Reichskanzler nicht unterstützten, ließ er bei den folgenden Landtagswahlen die conservative Partei fallen; die große altconservative Partei von über 100 Mitgliedern verschwand nahezu aus dem Abgeordnetenhaus. Damals wurde es der conservative Partei zum Bewußtsein geführt, daß sie ohne des Kanzlers Unterstützung nichts bedeutet. Ich kann es den Herren deshalb nach den damaligen Erfahrungen nicht verübeln, wenn sie heute in ihrer großen Mehrheit einschwenken. Uns interessiert nur noch, ob sie für ihre veränderte Haltung auch Gründe anführen oder stumm einschwenken würden. Die Rede des Hrn. v. Hellendorff hat freilich keinerlei zutreffende Gründe enthalten. Der Reichskanzler weist auf Gefahren hin, welche in der Zukunft in Polen nach unglücklichen Kriegen vielleicht entstehen könnten. Für außerordentliche Gefahren haben wir schärfere Gesetze als das in Frage stehende; auch das Gesetz über den Belagerungszustand gestattete Ausweisungen. Der Reichskanzler weist auf die Gefahr hin, welche die Centrumpartei für die Entwicklung des Schulwesens haben könne. Ich wundere mich, daß dem gegenüber das Ministerium Bismarck in der letzten Zeit das Simultanschulwesen wieder zu Gunsten der confessionellen Schulen beschränkt. Mit der Accentuirung der confessionellen Schulen stärkt die Regierung den Einfluß der Geistlichkeit auf das Schulwesen. Die Centrumpartei für sich allein kann unserem Schulwesen nicht gefährlich werden. Sie kann es nur in Verbindung mit der conservativen Partei. Letztere hat aber nur so lange Bedeutung, wie der Reichskanzler sie etwas bedeuten lassen will. Kein wichtiges Gesetz ist in der letzten Wahlperiode ohne Unterstützung des

Centrums zu Stande gekommen. Wir bedauern dies um so lebhafter, weil wir mehrere derselben für durchaus häßlich halten. Aber alles das, wessen der Reichskanzler sich als Erfolg in seiner Social-, Zoll- und Gewerbepolitik rühmt, hat er nur mit Hilfe des Centrums erreicht. Jetzt glaubt er den Mohren gehen lassen zu können. Die Nationalliberalen sind nach ihrer neuesten Schwertung nahezu conservativ geworden (Widerspruch bei den Nationalliberalen), allerdings, wenn sie nicht gerade eine offene Frage haben. (Heiterkeit.) Eine Mehrheit aus Conservativen und Centrumpartei ist für den Reichskanzler angenehm, aber eine Mehrheit aus Conservativen und Nationalliberalen gefiel ihm noch mehr. Nach dem Auftreten des Reichskanzlers in den letzten Tagen konnte man glauben, daß er durch eine Auflösung versuchen wolle, diese Mehrheit zu erlangen. Heute versichert er, daß er eine Auflösung nicht beabsichtige, und das ist auch vielleicht von ihm ganz klug. Wenn er aber durch sein Auftreten in den letzten Tagen nicht den Conflictstoff vermehren wollte, was hätte dasselbe sonst für eine Bedeutung? Wenn der Reichskanzler sich einrichten will mit dem jetzigen Reichstage, glaubt er etwa, daß er durch sein Auftreten die Stimmung verbessert für seine neu projectirten Steuern? Ich wünschte wohl, der Reichskanzler möge so wie bisher fortfahren; vielleicht wird dann auch das Centrum unzufrieden, neue Zölle und Steuern zu bewilligen; und das kann uns nur lieb sein. Am vorigen Mittwoch sagte der Reichskanzler, daß ihm Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags nicht imponirten, heute geht er noch einen Schritt weiter und betrachtet es schon als eine Mißachtung des Bundesraths, wenn wir von uns aus Beschlüsse fassen. Der Mißachtung, welche der Reichskanzler dem Reichstag vorwirft, macht er sich selbst in höherem Grade gegen den Reichstag schuldig. Blättern wir doch die Vorlagen im Etat durch, dann sehen wir, daß er wieder mit den alten abgelegten Forderungen wiederkommt, trotzdem die Finanzlage jetzt viel schlechter ist, z. B. die Unteroffizierschule in Neubreisach. Wir werden stets einem Antrag zustimmen, der den religiösen Frieden fördert! (Beifall links.)

Abg. Windthorst: So lange der Reichskanzler bemüht ist, eine Mittelpartei zu bilden, um uns dadurch niederzudrücken, so lange werden wir da, wo es sich handelt, einen Candidaten dieser Mittelpartei zu beseitigen, mit den extremen Polen, rechts und links Fühlung suchen müssen.

Das Haus tritt darauf in die zweite Berathung des Antrages ein.

Abg. Dr. v. Heydebrand und der Pasa: Ich werde für den Antrag Windthorst stimmen. (Aha! links), und ich nehme keinen Anstand, einzugestehen, daß ich dabingehende Zusagen in meinem Wahlkreise gemacht habe. (Hört, hört!) Ich fühle es selbst am besten, wie schmer es mir wird, gerade heute der Staatsregierung zu opponiren; ich, der ich stets mit Leib und Seele allem gefolgt bin, was der Reichskanzler vorschlug. (Große Heiterkeit links.) Also aus Oppositionslust geht meine Abstimmung ganz und garnicht hervor. (Rufe links: Das glauben wir! Große Heiterkeit.)

Abg. Richter: Unserer Beachtung hat es sich keineswegs entzogen, daß die katholischen Wähler für den Hrn. v. Heydebrand gestimmt haben. Indessen, wenn die Wählerkreise es künftig vermeiden wollten, überhaupt abhängige Regierungsbeamte (oh! rechts)

zu wählen, dann würde den betreffenden Herren auch jener schwere Gewissenkampf erspart bleiben, dem heute Hr. v. Heydebrand angeichts des Reichstags Ausdruck zu geben für nöthig befunden hat. (Große Heiterkeit.)

In namentlicher Abstimmung wird darauf § 1 mit 217 gegen 63 Stimmen angenommen; der Abg. v. Wedell-Biesdorf enthält sich der Abstimmung; für den § 1 stimmen geschlossen das Centrum mit den Polen, Welfen und Elsaß-Lothringern, die Deutschfreisinnigen, die Socialdemokraten und die Volkspartei; ferner der kleinere Theil der Deutschconservativen. Gegen den § 1 stimmen die Nationalliberalen und die Reichspartei geschlossen, ferner der größere Theil der Deutschconservativen.

Die §§ 2 und 3 werden ohne weitere Debatte angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Provinzielles.

3 Marienwerder, 2. Dezember. (Verspätet eingetroffen.) Ein fürchtbares Unwetter, welches in der vergangenen Nacht wüthete, hat den Verkehr auf der Weichselstädtebahn ganz unterbrochen. Colossale Schneemassen waren in der Nacht herniedergegangen und ein heftiger Sturm hatte sie in den Einschnitten der Bahn zu undurchdringlichen Massen zusammengehäuft. Der um 6 Uhr 1 Min. Morgens von hier abgelassene Zug nach Marienburg blieb schon $\frac{1}{2}$ Meile von der Stadt im Schnee stecken; zwar war die Maschine allein im Verein mit zahlreichen Arbeitern bemüht, die Strecke weiterhin frei zu machen, aber das Bemühen stellte sich als vergeblich heraus und nachdem man über sechs Stunden auf freiem Felde gelegen, kehrte der Zug um 1 Uhr Mittags wieder zum hiesigen Bahnhofe zurück. Die Stunden des Wartens waren für die Passagiere, unter denen sich auch die v. Voglsche Theatergesellschaft befand, um so unangenehmer, als die Heizvorrichtungen nur für eine Fahrt von etwa zwei Stunden berechnet sind und in den Waggons die empfindlichste Kälte herrschte. Der um $6\frac{1}{2}$ Uhr von Marienburg abgelassene Zug kam nur bis Tessenborn bei Stuhm. Hier versperrten ebenfalls undurchdringliche Schneemassen das Geleise, aus welchen der Zug erst mit Hilfe einer aus Marienburg requirirten Maschine befreit werden konnte, welche den Train wieder dorthin zurückschleppte. Der um $8\frac{1}{2}$ Uhr Morgens aus Graudenz abgelassene Zug gelangte mit etwa einstündiger Verspätung bis diesseits Sedlinen; die hier aufgehäuften Schneeberge waren aber von so gewaltiger Ausdehnung, daß auch hier die Weiterfahrt unmöglich schien. Nach schwerer Arbeit gelang es jedoch, das Geleise freizumachen, so daß der Zug endlich um 4 Uhr Nachmittags mit sechsstündiger Verspätung in Marienwerder anlangte. Der noch immer herrschende Sturm häufte jedoch sofort neue Schneemassen auf das Geleise, und verhinderte es auch nach dieser Richtung hin, den Verkehr wieder aufzunehmen. Morgen früh sollen nach beiden Richtungen hin zunächst Arbeitszüge abgelassen werden, doch wird vor Abend an eine Eröffnung des regelmäßigen Verkehrs nicht gedacht werden können.

3 Marienwerder, 3. Dezember. Schon in der vergangenen Nacht um 1 Uhr traf hier — nach Ueberwindung geringerer Schwierigkeiten auf der Strecke Sedlinen-Marienwerder — unter Leitung des Bau-

